



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

X. p.: Aus dem Elsaß.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Aus dem Elſaß.

Straßburg, 26. Januar.

Wie erwachend nach schwerem Alpdruck, so hat wohl gar manches Mitglied der „deutschen Colonie“ der Reichslande aufgeathmet, als es am Neujahrmorgen auf die eben abgeschlossene Vergangenheit zurückblickte. Das Jahr der Option und der ersten Recrutenaushebung hinter sich zu haben, war lange der tägliche Seufzer gewesen — nun war es erreicht; frei erschien die Bahn von den schlimmsten Hindernissen und leichteren Muthes ging man an die Arbeit. Gewiß, das Gefühl hatte seine tiefe Berechtigung; doch es entsprach ungleich mehr dem Gemüthszustande des Deutschen, als der thatsächlichen Lage der Dinge. Die positive Arbeit der Zukunft stellt weit schwierigere Aufgaben, als die mehr negative des verfloffenen Jahres. Der Unterschied ist nur, daß die Ziele der ersteren danach angethan sind, alle ernstern politischen Kräfte zu freudigem Wirken anzuspornen, während der Zersekungs- und Läuterungsproceß des hinter uns liegenden Zeitabschnittes für jeden die Dinge in der Nähe beobachtenden Deutschen etwas höchst Peinliches hatte. Das lärmende, tollhändlerische Gebahren, welches die „Ligue d'Alsace“ und anderer Agitationscliquen bei Gelegenheit der Option in Scene zu setzen bemüht waren, mußte naturgemäß auf deutscher Seite Unwillen und Hohn wachrufen. Doch das Alles spielte nur auf der Oberfläche; der wahre Schmerz scheut ja die Deffentlichkeit. Wer sich unbefangen danach umhörte, der erfuhr, daß doch in unzähligen Familien die Losreißung von der Heimath als Gewissenspflicht betrachtet wurde. Wie hätte es anders sein können? Die jüngere Generation, wenn nicht des ganzen Landes, so doch der Städte, war nun einmal in ausschließlich französischen Vorstellungen aufgewachsen, ein ausschließlich französischer Patriotismus war ihr anezogen worden; kein Wunder, daß jeder gewissenhafte und unabhängige Charakter sich sträubte, dem deutschen Kaiser Heeresfolge zu leisten. Vor jeder derartigen Erscheinung mußte der fühlende Deutsche nicht allein Achtung, sondern ein Gefühl unbeschreiblicher Unbehaglichkeit empfinden; wußte er sich doch als einen Theil der unerbittlichen Nothwendigkeit, welche an so manchem Heerde Scenen herzerreißenden Jammers verursachte. Darum nichts begreiflicher, als das „Gott sei Dank“, als das verhängnißvolle Jahr vorüber war. Nun ist der Boden geebnet, die aufbauende Arbeit kann in umfassender Weise beginnen.

Das schwierigste Problem der nächsten Zukunft ist die Heranziehung der einheimischen Bevölkerung zur Theilnahme an dieser Arbeit. Es ist hohe Zeit, dasselbe zu lösen. Nicht, als wollten wir behaupten, daß die Elsäßer ein heißes Verlangen nach dieser Theilnahme trügen. Aber der große Uebelstand der gegenwärtigen Lage ist, daß die Bevölkerung die Fluth der Gesetz-

gebung apathisch über sich dahingehen läßt, ohne derselben mit eigener Prüfung gegenüberzutreten; die gesetzgebende Gewalt erscheint ihr als ein unnahbares Unbekanntes. Ein solches Verhältniß kann nur den zahlreichen französischen Agitatoren in die Hände arbeiten, welche in diesem altdeutschen Volkstamme um jeden Preis die Vorstellung festhalten möchten, daß ihm die jetzige Verwaltung ein „Fremdling“ sei; man soll daher nicht säumen mit der Abhülfe. Freilich, die im letzten Frühjahr vom Reichstage genehmigte Verlängerung der Dictaturperiode um ein Jahr war unumgänglich, weil es schlechterdings unerträglich war, in dem Wirrwar und der Ungewißheit der Optionszeit die nothwendigen Vorarbeiten für die normale Gestaltung des staatlichen Organismus auszuführen. Jetzt ist für diese Arbeit die genügende Zeit vorhanden und die Regierung scheint mit ihrer Verwerthung vollauf beschäftigt zu sein. Das nächste Ziel ist die Berufung der alten Departementalvertretungen, im Französischen „Generalräthe“ genannt, in dem gegenwärtig dem Bundesrathe vorliegenden Gesetzentwurfe als „Bezirkstage“ bezeichnet. Die Generalräthe haben, wie bekannt, keine politischen Befugnisse; aber es liegt auf der Hand, daß die Wahlen zu denselben doch ganz nach politischen Gesichtspunkten vollzogen werden. Man wird also endlich einmal einen greifbaren Ausdruck der Volksstimmung vor sich haben, und wie außerordentlich viel damit gewonnen sein wird, begreift Jeder, der die contradictorische Verschiedenheit der bisherigen Stimmungsbeurtheilungen kennt. Neben diesem Gewinn hat das Experiment zugleich den Vortheil der Ungefährlichkeit. Eine strenge Beschränkung der Generalräthe auf ihre gesetzliche Competenz heißt sie von vornherein ziemlich unschädlich machen. Was die politischen Dinge anbelangt, so hat die Regierung es ganz in der Hand, ob sie sich in nichtofficieller Weise von ihnen Rath's erholen will; in dieser Beziehung haben die Generalräthe vor jeder andern Notabelnversammlung den Vorzug, daß sie gewählte Körperschaften sind. Jedenfalls wird der Verkehr mit ihnen die Erfahrungen liefern müssen, nach welchen die Frage der definitiven Einrichtung der reichsländischen Gesetzgebung zu beurtheilen sein wird. Zeigen sich die Erwählten des elsass-lothringischen Volkes zu ernstem, fruchtbringendem Wirken in Gemeinschaft mit der deutschen Regierung bereit, dann wird man unseres Erachtens nichts Besseres thun können, als das Reichsland mit der vollständigen Legislative eines Particularstaates auszustatten: denn das Wort des Fürsten Bismarck: „Machen wir die Elsässer erst zu Elsässern, dann werden sie auch Deutsche werden“, scheint uns von tiefer Wahrheit zu sein. Verkapseln sie sich aber in eine unfruchtbare Negation, so wird nichts Anderes übrig bleiben, als den in dem Einverleibungsgesetze vorgesehenen Weg zu betreten und den Reichstag mit der Wahrnehmung der elsass-lothringischen Landesgesetzgebung zu betrauen.

Der Ausfall der bevorstehenden Generalrathswahlen kann also leicht für die ganze politische Stellung des Reichslandes auf lange Dauer hinaus von entscheidender Bedeutung werden. Wie sich dieser Ausfall gestalten wird, ist einem eingewanderten Deutschen wohl kaum möglich, mit einiger Zuverlässigkeit vorherzusagen; aber selbst einem geborenen Elsaß-Rothringer würde es schwerlich gelingen. Der ungeheure Umschwung der letzten Jahre hat so Manches verändert, und nun hat soeben noch die Einführung der Reichsgesetze über Freizügigkeit und Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit die Revolution vollständig gemacht. Hierdurch tritt ein ganz neuer Factor in die Rechnung: die deutsche Einwanderung. Freilich wird dieser Factor nirgends von dominirender Tendenz sein; aber die Deutschen, wenn sie ihre Schuldigkeit thun, können doch sehr heilsam mitwirken. Voraussichtlich werden einerseits die Ultramontanen und andererseits die französisch gesinnten Republikaner die beiden Hauptparteien im Wahlkampfe bilden. Herr Gambetta wird freilich wünschen, daß beide sich zu gemeinschaftlicher Bekämpfung des „Fremdlinges“ verbinden; aber bei der im Elsaß so tiefgehenden Spaltung der Confessionen und religiösen Anschauungen ist diese Coalition kaum ernstlich zu besorgen. Da kann sich also den Deutschen unter Umständen wenigstens die Gelegenheit bieten, dem unschädlicheren von beiden Feinden zum Siege über den schlimmeren zu verhelfen. Ihre Hauptaufgabe aber wird sein, unter der einheimischen Bevölkerung selbst die Elemente aufzusuchen, welche den Kern zur Bildung einer deutschen Partei abgeben können. Diese Elemente sind vorhanden, wenn auch noch spärlich; aber es wird von deutscher Seite viel unverdroßnen Muth und noch viel mehr Tact bedürfen, um mit ihnen anzuknüpfen.

Der größte Feind der Annäherung zwischen der alten und der neuen Bevölkerung in Elsaß-Rothringen ist das gegenseitige Mißtrauen; dazu gesellt sich auf deutscher Seite Empfindlichkeit über die Verkennung wohlgemeinter Absichten, auf elsässischer die Furcht vor dem französisch gesinnten Nachbar. Dies ist den wenigen in der Oeffentlichkeit stehenden Elsässern geradezu zur verderblichen Klippe geworden. Man will es beiden Theilen recht machen und geht daran zu Grunde. Ein schlagendes Beispiel liefert zur Zeit der Straßburger Magistrat. Durch alle deutschen Blätter ist die Nachricht gegangen, wie Professor Springer im hiesigen Rathhause einen Vortrag über Errichtung einer Gewerbeakademie in Straßburg gehalten und ihm dafür von den beiden Beigeordneten Goguel und Jmlin die außerordentlich höflich motivirte Antwort geworden ist, daß für ein derartiges Institut hier kein Bedürfniß, keine „Atmosphäre“ vorhanden sei. Die Correspondenten der deutschen Blätter erhoben ein gewaltiges Geschrei über die unerhörte Philisterhaftigkeit dieses Votums. Im Grunde lag die Sache doch etwas anders. Der Straßburger Gemeinderath besteht zur Mehrheit aus Mitgliedern, welche mit dem

„Eroberer“ gar keinen Verkehr, zum mindesten keine Wohlthat von ihm wollen; sie haben in einer der geheimen Gemeinderathssitzungen offenbar entschiedene Zurückweisung des Springer'schen Vorschlags verlangt. Die armen Beigeordneten (der Bürgermeister ist krank) — was sollten sie anfangen? In dem redlichen Bemühen, der einen Partei zu gefallen, ohne die andere zu verletzen, brachten sie ein Machwerk zu Stande, welches, kritisch betrachtet, an Lächerlichkeit allerdings nichts zu wünschen übrig läßt. Und was erreichten sie? Von der deutschen Presse wurden sie verhöhnt, und der in Mülhausen erscheinende „Industriel alsacien“, das Organ unserer Unzufriedenen, denunzirte sie des Entgegenkommens gegen die deutsche Regierung.

Uebrigens scheint der dormalige Straßburger Magistrat selbst das Gefühl zu haben, wie er „sich abwirthschaftet.“ Vielleicht um sich bei den Gesinnungstüchtigen wieder in Credit zu setzen, hat er von Neuem die Schulsprachenfrage mit Macht in die Hand genommen. Bekanntlich ist der Unterricht des Französischen in der Volksschule beseitigt worden, und zwar aus naheliegenden politischen, noch mehr aber aus pädagogischen Gründen. Der Straßburger Magistrat hat sich jetzt an den Reichskanzler gewandt, um die Zurücknahme dieser Maßregel zu erwirken; zur Begründung wird auf die Lage Straßburgs, auf seine merkantilen und Familienbeziehungen hingewiesen; man hebt hervor, wie der Straßburger bisher gewohnt gewesen sei, in der Volksschule beide Sprachen „gleich gut“ zu erlernen. Verlorene Liebesmüh! Handelte es sich bloß um die politische Frage, so könnte man den Straßburger Petenten die ersehnte Freude machen; denn deutsche Schulinspectoren würden dafür sorgen, daß mit dem Unterricht des Französischen kein Unfug getrieben würde. Aber daß die Sache pädagogisch durchaus unzulässig ist, dafür sind uns gerade die Früchte des alten Systems die lebendigen Beispiele. Kann es einen betrübenderen Anblick geben, als einen Straßburger Handwerkerssohn, der von Kindheit an seine Gedanken im alten allemannischen Idiom auszudrücken gewohnt ist, sein gebrochenes Hochdeutsch Wort für Wort aus dem Französischen übersetzen, oder, wenn er schreiben soll, das, was er deutsch gedacht, in orthographischem Französisch zu Papier bringen zu sehen? Nein, in dieser Frage am allerwenigsten kann der Straßburger Magistrat die deutsche Regierung zu berücken hoffen. Dieselbe wird gewiß die Schonung der Gefühle der Elsässer und der Eigenthümlichkeiten ihrer Lage stets so freigebig, wie möglich handhaben, aber dem französischen Geiste, noch dazu unter Schädigung hochwichtiger anderer Interessen, eine Hintertür offen zu halten, dazu wird sie, denken wir, niemals die Hand bieten.